

## Erklärung von sozialdemokratischen Abgeordneten der nordrhein-westfälischen Großstädte in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zur Reform der Gemeindefinanzen



Bochum, 14. Mai 2009

Die unterzeichnenden sozialdemokratischen Abgeordneten der nordrhein-westfälischen Großstädte in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages erklären:

Wir unterstützen die im Entwurf des sozialdemokratischen Regierungsprogramms genannten Ziele zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland und Europa mit Nachdruck und begrüßen das klare Bekenntnis der SPD, Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten verschaffen zu wollen.<sup>1</sup>

Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer, die von der SPD in Übereinstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden erreicht worden ist, war dringend erforderlich zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Wir werden uns allen Vorhaben aus CDU/CSU und FDP widersetzen, diese Stärkung der Gewerbesteuer zurückzunehmen oder sogar die Gewerbesteuer in Frage zu stellen.

Eine echte und solidarische Verbesserung der Gemeindefinanzen ist für den Erhalt der verfassungsrechtlich festgeschriebenen kommunalen Selbstverwaltung unverzichtbar. Diese Reform kann nur von den Bundesländern mit Unterstützung des Bundes umgesetzt werden.

Wir fordern sie ein, denn sie ist dringend notwendig.

Die finanzpolitische Realität in vielen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens erlaubt es nicht, die landesseitige Praxis der Beteiligung der Kommunen am Solidarpakt II wie bisher weiter zu führen. Wir fordern zudem eine bessere Förderung strukturschwacher Kommunen in allen Regionen in Deutschland.

---

<sup>1</sup> „Wir halten an dem Ziel „Gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und Europas“ fest. Wir setzen uns daher für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. Jede Region, jeder Kreis, jede Stadt braucht eine Perspektive. Wir wollen helfen, dass strukturschwache Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt, in ihren Stärken gefördert und bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt werden. Wir werden in den ländlichen Räumen die Grundversorgung auch zukünftig sicherstellen.“ ...“Zudem werden wir uns mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.“

Die Kommunen leisten erhebliche Beiträge zum Abbau der Altschulden und zur Verhinderung von Neuverschuldung. Diese Beiträge werden aber nur dann von allen gesellschaftlichen Gruppierungen in den Städten und Gemeinden mitgetragen werden, wenn die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gewährleistet ist. Wenn Bund und Land den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie ihnen auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Nur, wenn es einen von Solidarität geprägten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen gibt, kann es einen breiten gesellschaftlichen Konsens für massive Einsparungen geben und können die urbanen Strukturen in diesen Kommunen gesichert werden. Andernfalls würde die Kommunalpolitik in eine Legitimationskrise geraten.

In der Mehrzahl der nordrhein-westfälischen Großstädte ist die kommunale Selbstverwaltung durch fehlende Finanzspielräume in Verbindung mit den Restriktionen der Kommunalaufsicht und des Innenministeriums de facto nur noch stark eingeschränkt, kaum noch oder nicht mehr möglich. Besonders deutlich wird dieses an der Entwicklung der Kassenkredite.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung nachzukommen, Mittel des Bundes für die Kommunen uneingeschränkt weiterzuleiten und ihren Beitrag zur Verbesserung der Gemeindefinanzen zu leisten.

Die Verbesserung der Gemeindefinanzen sollte über den Weg eines sogenannten „Entschuldungsfond“ geschehen, zu dem das Land und die Kommunen einen entsprechenden Beitrag zu leisten haben.

Neben anderen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern haben die Erklärung unterzeichnet:

Frank	Baranowski	Gelsenkirchen	Oberbürgermeister
Peter	Demnitz	Hagen	Oberbürgermeister
Dieter	Dzewas	Lüdenscheid	Bürgermeister
Gerhard	Langemeyer	Dortmund	Oberbürgermeister
Sonja	Leidemann	Witten	Bürgermeisterin
Dagmar	Mühlenfeld	Mühlheim a. d. Ruhr	Oberbürgermeisterin
Horst	Schiereck	Herne	Oberbürgermeister
Günter	Thönnessen	Viersen	Bürgermeister
Klaus	Wehling	Oberhausen	Oberbürgermeister
Beate	Wilding	Remscheid	Oberbürgermeisterin